6286

Botschaft

des

**Bundesrates an die Bundesversammlung
über die Bewilligung eines Bundesbeitrages an die Mehrkosten
der Melioration der Rheinebene im Kanton St. Gallen**

(Vom 15. Juli 1952)

Herr Präsident!

Hochgeachtete Herren!

Wir beehren uns, Ihnen hiermit unsern Entwurf zu einem Bundesbeschluss über die Zusicherung eines Bundesbeitrages an die Mehrkosten der Melioration der Rheinebene zu unterbreiten.

I.

Durch Bundesbeschluss vom 25. September 1941 wurde dem Kanton St. Gallen an die zu 25 000 000 Franken veranschlagten Kosten der Melioration der Rheinebene ein Bundesbeitrag von 60 Prozent, im Maximum 15 000 000 Franken zugesichert. Das Meliorationsgebiet umfasst rund 6444 ha und liegt in den Gemeinden Au, Berneck, Balgach, Diepoldsau, Widnau, Rebstein, Marbach, Altstätten, Eichberg und Oberriet. Das dem Subventionsbeschluss zugrunde liegende generelle Projekt sah folgende Arbeiten und Kosten vor:

	Franken
Wildbachverbauungen	1 426 000
Hauptkanäle	1 800 000
Entwässerungen durch offene Gräben und Drainagen für 4000 ha	11 262 600
Güterzusammenlegung und Weganlagen	5 737 400
Teuerungszuschlag gegenüber 1939	4 774 000
Gesamtkosten	<u>25 000 000</u>

Das Werk wurde vom Kanton St. Gallen durch ein besonderes Gesetz vom 21. Dezember 1941 über die Melioration der Rheinebene und die Errichtung

Melioration der Rheinebene
Kostenvoranschlag 1941 und bisherige Baukosten

Tabelle 1

504

Banobjekte	Kostenvoranschlag 1941		Ausgeführte Arbeiten und Kosten von 1942 bis 31. Dezember 1951		Ursachen der Mehrkosten bis 31. Dezember 1951			
	Masse	Franken	Masse	Franken	Kosten auf der Preisbasis 1941 Franken	Allgemeine Tenerung Franken	Zusätzliche Arbeiten Franken	Kriegsbed. Kosten Franken
1. Wildbachverbauungen	—	1 762 583	—	23 554	17 053	6 501	—	—
2. Kanäle	85 615 m ¹	5 586 868	43 632 m	7 187 880	3 672 040	1 927 840	1 588 000	20 000
3. ZR-Leitungen Drainagen	9 000 m ¹ } 4 000 ha }	7 727 677	8 567 m 2 313 ha	418 886 } 5 941 662 }	4 739 505	1 569 043	52 000	—
4. Strassen und Weganlagen	465 km	5 061 554	158 830 m	4 412 995	2 435 446	1 352 549	605 000	—
5. Dammantragungen und Auffüllungen . .	—	1 112 430	171 430 m ³	364 738	279 274	85 464	—	—
6. Güterzusammenlegung	6 150 ha	1 170 647	3 694 ha	816 653	599 025	217 628	—	—
7. Windschutzanlagen .	—	—	—	39 457	—	9 377	30 080	—
8. Projekt u. Bauleitung	—	1 322 700	—	1 107 700	780 126	274 574	—	53 000
9. Allgemeines und Verschiedenes	—	1 255 541	—	48 882	—	13 347	35 535	—
		25 000 000		20 362 407	12 522 469	5 456 323	2 310 615	73 000
Am 1. Januar 1952 noch verfügbarer Kredit				+ 4 637 593		70%	29%	1%
				25 000 000	Bisherige Mehrkosten 7 839 938			

Melioration der Rheinebene

Noch auszuführende Arbeiten und Kosten hierfür

Tabelle 2

Baubjekte	Noch auszuführende Arbeiten		Zusätzliche Arbeiten gegenüber dem Projekt 1941		Total Arbeiten und Kosten bis zur Vollendung des Werkes ¹⁾		Mehr- und Minder- ausgaben gegenüber dem Kosten- voranschlag 1941
	Masse	Franken	Masse	Franken	Masse	Franken	Franken
1. Wildbachverbauungen	—	1 976 500	—	400 000	—	2 000 054	+ 237 471 ¹⁾
2. Kanäle	7 991 m ¹	3 004 200	—	1 762 015	51 623 m	10 192 080	+ 4 605 212 ²⁾
3. ZR-Leitungen	7 947 m ¹	5 767 000	3 Pump- werke 188 ha	177 000	16 514 m	12 127 548	+ 4 399 871 ³⁾
Drainagen	1 875 ha			578 100	4 188 ha		
4. Strassen u. Weganlagen	147 500 m ¹	4 625 000	—	1 032 500	306 330 m	9 037 995	+ 3 976 441 ⁴⁾
5. Dammbatragungen und Auffüllungen	390 570 m ³	340 000	—	—	562 000 m ³	704 738	— 407 692 ⁵⁾
6. Güterzusammenlegung	2 750 ha	260 000	—	—	6 444 ha	1 076 653	— 93 994 ⁶⁾
7. Windschutzanlagen	—	80 700	—	80 700	—	120 157	+ 120 157 ⁷⁾
8. Projekt und Bauleitung	—	721 900	—	—	—	1 829 600	+ 506 900 ⁸⁾
9. Allgemeines und Versch.	—	662 293	—	—	—	711 175	— 544 366 ⁹⁾
Am 1. Januar 1952 noch verfügbarer Kredit.		17 497 593		4 030 315	Gesamtkosten	37 800 000	+ 12 800 000
Total Mehrkosten		12 800 000					

¹⁾ Verlängerung der Korrektur des Altstätter Stadtbaches.

²⁾ Teuerung, solidere Sohlen- und Ufersicherungen als im Projekt 1941 vorgesehen.

³⁾ Zuwachs der Drainagefläche um 188 ha, 4 Pumpwerke, die im Projekt 1941 nicht vorgesehen waren (1 Werk ist schon im Betrieb) und Zunahme der Teuerung.

⁴⁾ Kein in der Nähe liegendes Kiesmaterial, teure Aufbereitung und grosse Transportdistanzen; schlechter Baugrund bedingt festeren Unterbau.

⁵⁾ Maschinelle Ausführung ergibt Einsparungen.

⁶⁾ Einige grössere Parzellen vereinfachen die Vermessung und Vermarkung.

⁷⁾ Windschutzanlagen waren im Kostenvoranschlag 1941 nicht berücksichtigt.

⁸⁾ Zunahme der Teuerung auf den Löhnen des technischen Personals.

⁹⁾ Die bisherigen Ausgaben aus diesem Posten sind in den Positionen 1-8 enthalten. Für eventuelle Ergänzungsarbeiten und Unvorhergesehenes sind noch rund 4 Prozent des Kostenvoranschlags in Rechnung gestellt.

eines Arbeitsbeschaffungskontos subventioniert und als einheitliches Unternehmen organisiert. Die Bauarbeiten setzten im Jahre 1942 ein, konnten aber während der Kriegsjahre 1942/45 wegen der Knappheit an Baumaterialien, Treibstoffen und Arbeitskräften nicht in gewünschter Masse gefördert werden. Zudem mussten vorerst umfangreiche Detailstudien für die Bauprojekte durchgeführt werden, da das grundlegende Vorprojekt ganz generell gehalten war. Erst vom Jahre 1946 an nahmen die Arbeiten grösseren Umfang an.

Schon im Jahre 1945 musste festgestellt werden, dass der Kostenvoranschlag von 1941 wegen der seither eingetretenen Teuerung und der ebenfalls kostensteigernden Wirkung der sich zeigenden Bauschwierigkeiten nicht ausreichen werde. Da aber damals der weitere Verlauf der Teuerungswelle nicht überblickt werden konnte und dem Werk auch noch bedeutende Kredite zur Verfügung standen, wollte man vorerst die allgemein erhoffte Stabilisierung oder Rückbildung der Preise und Löhne abwarten und mittlerweile die nötigen Bauerfahrungen sammeln, um erst später mit einem auf zuverlässigen Rechnungsgrundlagen beruhenden Beitragsgesuch an die Behörden von Bund und Kanton zu gelangen. Nachdem heute die im Jahre 1941 bereitgestellten Mittel zum grossen Teil erschöpft sind, ist die Nachsubventionierung des Unternehmens dringlich geworden. Der Regierungsrat des Kantons St. Gallen hat darum in einer Eingabe vom 21. April 1951 den Bundesrat ersucht, er möchte bei den eidgenössischen Räten die Bewilligung eines Bundesbeitrages an die Mehrkosten der Melioration der Rheinebene erwirken. Dem Gesuch liegt eine neue Berechnung der Kosten des Werkes zu Grunde, die auf den Stand von Ende 1951 ergänzt, mit den wesentlichen Einzelheiten in den beiden Tabellen 1 und 2 zusammengestellt ist.

Tabelle 1 zeigt im ersten Teil die im Projekt und Voranschlag 1941 vorgesehenen Arbeiten und Kosten, im zweiten die bis Ende 1951 ausgeführten Arbeiten und deren Kosten, im dritten Teil eine Übersicht über Ursachen und Umfang der bisher entstandenen Mehrkosten.

In Tabelle 2 sind die noch auszuführenden Arbeiten nach Ausmass und Kosten, die zusätzlichen Aufwendungen, sowie die gesamten Arbeiten und Kosten des fertigen Werkes dargestellt. Die Kosten der bis Ende 1951 ausgeführten Arbeiten betragen 20 362 407 Franken. Der auf der Preisbasis vom Frühjahr 1951 berechnete Voranschlag für die noch auszuführenden Arbeiten ergibt den Betrag von 17 437 593 Franken. Die Kosten des fertigen Werkes erreichen somit die Summe von 37 800 000 Franken. Verglichen mit dem ursprünglichen Kostenvoranschlag von 25 000 000 Franken, wie er dem eingangs erwähnten Bundesbeschluss vom 25. September 1941 zu Grunde lag, ist also eine Kostenüberschreitung von 12 800 000 Franken festzustellen.

II.

Der genannte Bundesbeschluss enthält in Artikel 2 folgende Bestimmung:

«An allfälligen Mehrkosten beteiligt sich der Bund nur dann, wenn diese auf ausserordentliche Ursachen zurückzuführen sind.»

Es wird daher vorerst zu prüfen sein, ob diese Voraussetzung für die Bewilligung eines Bundesbeitrages an die Kostenüberschreitung erfüllt ist. Daneben werden aber auch die Erfahrungen über die Auswirkung der bisherigen Arbeiten interessieren. Nach diesen lässt sich beurteilen, wie weit das Werk die darin gesetzten Erwartungen zu erfüllen und den vermehrten Kostenaufwand zu rechtfertigen vermag. Mit der folgenden Darstellung der baulichen und kostenmässigen Entwicklung des Unternehmens und der bis zur Fertigstellung noch notwendigen Arbeiten und Geldmittel glauben wir, die aufgeworfenen Fragen am besten beantworten zu können. Wir stützen uns dabei im wesentlichen auf die Ausführungen der kantonalen Eingabe und deren spätere Ergänzungen sowie auf die beiden daraus zusammengestellten Zahlentabellen.

Wenn auch bei diesem bis heute grössten Meliorationswerk der Schweiz die in der Vielfalt der Arbeiten und der verhältnismässig langen Bauzeit liegenden Risiken eines Grossunternehmens zum Ausdruck kommen, so wird die naheliegende Vermutung, dass ein grosser Teil der Mehrkosten durch die Teuerung bedingt ist, in den Zahlenzusammenstellungen eindeutig bestätigt. Wie dies bereits bei der Melioration der Linthebene festgestellt werden musste, wirken sich aber auch bei diesem Unternehmen die von den Bodenverhältnissen herrührenden Bauschwierigkeiten in einer empfindlichen Verteuerung der Arbeiten aus. Diese beiden wichtigsten Einflüsse auf die Kostenentwicklung des Werkes verdienen daher kurz besonders beleuchtet zu werden.

Die Teuerung

In vorausschauender Weise wurde dem auf Vorkriegspreisen aufgebauten Kostenvoranschlag schon vor der Subventionierung im Jahre 1941 ein Betrag von annähernd 5 Millionen Franken oder rund 25 Prozent als Teuerungsausgleich zugeschlagen. Die fortschreitende Teuerung überholte jedoch diesen Ausgleich rasch. So erhöhten sich die Handlangerlöhne von 90 Rappen bis 1951 auf rund 2 Franken pro Stunde. Die Löhne der Draineure für den Sohlenstich, Verlegen der Röhren, Schachtarbeiten usw. stehen heute auf 2,20–2,40 Franken. Zu diesen Lohnerhöhungen kommen noch die sozialen Leistungen, wie Ferien-, Feiertags-, Schlechtwetter- und Versetzungsentschädigungen sowie die vom Arbeitgeber zu übernehmenden Anteile an den Prämien für die Krankenversicherung und die Alters- und Hinterlassenenversicherung. Die Teuerung auf den Löhnen beträgt damit etwa 120 Prozent. Auf den Kosten der wichtigsten Materialpreise, wie denjenigen für Ton- und Zementröhren, Betonformstücken, Uferschutzmaterial betragen die Aufschläge rund 50 Prozent. Die Transportkosten stiegen in den Akkordpreisen im Mittel von 4 Franken auf 7 Franken pro Tonne oder um rund 75 Prozent. Die allgemeine Bauteuerung in dieser Region und für die wichtigsten Arbeiten erreicht heute durchschnittlich 75 Prozent, d. h. gegenüber dem Voranschlag von 1941 eine Steigerung um weitere 50 Prozent.

Der Gesamteinfluss der Teuerung auf die einzelnen Arbeitsgattungen ist in der Kolonne «allgemeine Teuerung» der Tabelle 1 dargestellt. Der Anteil der Teuerung an den Baukosten liess sich natürlich nur theoretisch, aus den jährlichen Bausummen und den dazugehörenden Baukostenindices ermitteln. Er ist für die erst nach 1946 begonnenen Wegebauten relativ am höchsten und macht mit insgesamt 5 456 823 Franken 26,8 Prozent aller bisherigen Kosten oder rund 70 Prozent der Mehrkosten aus.

Weitere zusätzliche Kosten entstanden aus den durch den Zementmangel bedingten behelfsmässigen Brückenbauten sowie durch die Aktivdienstleistungen des technischen Personals; sie bleiben aber mit 73 000 Franken oder 1 Prozent in bescheidenem Rahmen.

Der Kostenberechnung für die noch auszuführenden Arbeiten sind die Arbeitslöhne und Materialpreise von anfangs 1951 zugrundegelegt worden. Die inzwischen eingetretenen Lohn- und Materialpreiserhöhungen können vorläufig durch die bei den einzelnen Arbeitskategorien eingerechneten Sicherheitszuschläge als gedeckt gelten. Sollte die Teuerung weiter wesentlich ansteigen, so müsste mit neuen Kostenüberschreitungen gerechnet werden. Die Berechnungen setzen ebenfalls voraus, dass die heute bei Tiefbauarbeiten verwendeten Baumaschinen wie Bagger, Bulldozer, Steinbrecher und Sortieranlagen auch weiterhin eingesetzt werden können. Ein Ausfall derselben hätte eine bedeutende Erhöhung der Baukosten zur Folge.

Die Bauschwierigkeiten

Wie bei der Melioration der Linthebene musste man auch hier die Erfahrung machen, dass die üblichen Bodensondierungen nur einen ungenügenden Einblick in das Verhalten der ziemlich heterogenen Schwemmlandböden bei grösseren Tiefbauarbeiten vermitteln. In einem grossen Teil des Meliorationsgebietes setzt sich der Boden unter einer 2–4 m starken Torfschicht aus stark wechselnden Schichten von reinem Trieb sand und tonigen Sandschichten, dem sogenannten «Laufletten» zusammen. Vor allem die letzteren, aus angeschwemmten Verwitterungsprodukten des Bündner Schiefers bestehenden Schichten weisen eine geradezu heimtückische Unstabilität auf. Der Grundwasserspiegel im unentwässerten Gebiet liegt nur wenig unter der Erdoberfläche, und diese hat auf weite Strecken ein sehr geringes Gefälle. Die Entwässerungskanäle müssen daher verhältnismässig tief und breit angelegt werden. Die beim Aushub der Kanäle entstehenden Gleichgewichtsstörungen und Wasserströmungen in den Bodenschichten führen dann unter diesen Verhältnissen zu Grundbruch und weit in das Gelände ausgreifenden Böschungseinstürzen. Die Gefahr solcher Komplikationen wächst mit zunehmender Tiefe der Kanäle. Um diese zu meistern, mussten aus den Bauplatzerfahrungen besondere Bauweisen und Sicherungsmassnahmen entwickelt werden, die sich unvermeidlich in einer recht spürbaren Erhöhung der Baukosten auswirken. Zu alledem kommt auch hier hinzu, dass bei diesen Bodenverhältnissen

an Stelle des ursprünglich vorgesehenen einfachen Ufer- und Sohlenschutzes aus Längshölzern und Kieseinlage ein fester, aber darum auch wesentlich teurerer Ausbau gewählt werden musste.

Der schlechte Baugrund verteuert aber nicht nur die Kanalbauten, sondern auch die Drainagen und Weganlagen. So erwiesen sich in grossen Gebieten Sicherungen der Drainageleitungen durch Bretterunterlagen, für Zementrohrleitungen unter Umständen auch Pfählungen als notwendig. Bei Weganlagen in Torfgebieten muss der Unterbau durch Einlagen von Strauchwerk und Sand-schüttungen konsolidiert werden. Weitere die Baukosten beeinflussende Umstände werden in der folgenden Beschreibung der Teilarbeiten erwähnt.

Die Wildbachverbauungen

Der Rheintaler Binnenkanal hat als Hauptvorfluter der linksseitigen Rheinebene auch die von der linken Talseite kommenden Bäche aufzunehmen. Die meisten von ihnen haben im Oberlauf typischen Wildbachcharakter. In ihrem Tallauf dagegen durchfliessen sie mit ganz geringem Gefälle das zwischen Hangfuss und Binnenkanal liegende Meliorationsgebiet. Soweit sie nicht korrigiert sind, verursachen sie bei Hochwasser Überflutungen und laden ihr Geschiebe auf den anliegenden Gütern ab. Sie müssen in der Ebene so angelegt werden, dass sie ihre Hochwasser schadenfrei abführen und wenn möglich auch der kulturtechnischen Entwässerung dienen können. Dazu ist es unerlässlich, die Talläufe der Bäche durch Verbauungen in den Bergstrecken und Anlage von Geschiebedepots von Ablagerungen von Kies, Sand und Schlamm frei zu halten.

Das Projekt sah daher Verbauungen an den ausserhalb des Meliorationsgebietes liegenden Bergstrecken von 18 Wildbächen vor. Bis heute sind davon nur an einem Wildbach einzelne Sperren und Leitwerke, im Kostenbetrag von 23 500 Franken ausgeführt worden. Nähere Projektstudien für verschiedene Bäche haben ergeben, dass mit einer verhältnismässig kleinen Anzahl von Sperren und Leitwerken, aber auch mit einfacherer Ausführung derselben auszukommen ist. Die Kosten der in der ersten Vorlage enthaltenen Korrekturen lassen sich deshalb trotz der Teuerung im vorgesehenen Rahmen halten. Dagegen erwies es sich als notwendig, die Korrektur des Altstätter Stadtbaches auch auf dessen Mittelstrecke auszudehnen. Das Projekt 1941 enthält wohl Verbauungen an den beiden Zuflüssen, dem Brenden- und dem Luterbach, sowie die Korrektur der untern Strecke des Tallaufes, nicht aber der im Baugebiet verlaufenden Mittelstrecke. Ohne die Verbesserung dieser Strecke ist aber, wie neuere Beobachtungen ergaben, die Wirkung der übrigen Arbeiten nur unvollständig. Das Werk bedarf also der Ergänzung durch Einbezug dieser Korrektur. Da deren Notwendigkeit jedoch erst in letzter Zeit festgestellt wurde, ist darüber weder im Nachsubventionsbeschluss des Kantons noch in dessen Eingabe vom 21. April 1951 etwas enthalten. Der Regierungsrat des Kantons St. Gallen hat uns aber nachträglich durch Beschluss vom 28. Mai 1952 um Berücksichtigung der Projekterweiterung in dieser Vorlage ersucht. Obschon

es sich hierbei um eine nicht durch ausserordentliche Ursachen bedingte Ergänzung des Werkes handelt, glauben wir, dem Gesuch entsprechen zu dürfen, da mit diesen zusätzlichen Arbeiten der Hochwasserschutz des Meliorationsgebietes vervollständigt wird.

Unter Berücksichtigung eines Betrages von 400 000 Franken für die Korrektion der Mittelstrecke des Altstätter Stadtbaches ergeben sich für die Wildbachverbauungen Totalkosten von 2 000 054 Franken oder 237 471 Franken mehr als nach dem Voranschlag 1941.

Die Kanäle

Die kurze anfangs des Zweiten Weltkrieges für die Projektierung zur Verfügung stehende Zeit reichte für detaillierte Voruntersuchungen nicht aus. Es fehlten genügend genaue Flächennivellements und die an sich zahlreichen Bodenuntersuchungen erwiesen sich in der Folge als unzureichend. So musste in Anpassung an die schlechten Gefälls- und Bodenverhältnisse das generelle Projekt vom Jahre 1941 vollständig überholt und geändert werden. An Stelle der vorgesehenen 85 600 m³ an Kanälen mit kleinem bis mittlerem Fassungsvermögen und dem nach alter Praxis üblichen einfachen Ausbau müssen verhältnismässig tiefe und breite, solid befestigte Kanäle, allerdings nur mehr in einer Gesamtlänge von 51 623 m³ ausgeführt werden. Die bereits erwähnten Baugrundverhältnisse zwangen dazu, für den Ausbau der breiteren Kanäle eine besondere Konstruktion, bestehend aus Eisenbetonrippen, Betonbrettern zum Schutz des Böschungsfusses und einen Sohlenbelag aus Holzbohlen zu wählen. Für Kanäle mit 1 m oder weniger Sohlenbreite werden einfache Kanalsohlenplatten oder Halbrundschaalen aus Beton auf Holzrost und Kiesunterlagen verwendet. Mit diesem harten und glatten Kanalausbau lässt sich auch in wenig stabilem Boden ein solides Gerinne schaffen, das trotz des geringen Gefälles genügende Abflussverhältnisse gewährleistet. Zudem kann damit der sich auch hier zeigenden Verkrautungsgefahr wirksam begegnet werden.

Eine besonders schwierige Aufgabe stellte die Ableitung des Wassers aus den Ortschaften Marbach, Rebstein und Balgach und den darüberliegenden Hängen dar. Das Gefälle der vorgelagerten Ebene ist so gering, dass ein Hochwasser im Binnenkanal die flachen Zubringerkanäle bis weit hinauf einstauen würde. Um zu einer möglichst günstigen Lösung zu gelangen, mussten über zehn Projektvarianten studiert werden. Man entschloss sich schliesslich dazu, für diesen Teil der Ebene einen besonderen Vorflutkanal zu schaffen, der von Lüchingen abwärts sämtliche Tagwässer und dazu die Detailentwässerung der anliegenden Flächen aufzunehmen vermag und erst unterhalb von Widnau in den Binnenkanal mündet. Dieser sogenannte «Ländernach-Kanal» führt zwischen Widnau und Heerbrugg durch Baugebiet. Der Gemeinde Widnau musste darum nach längeren Verhandlungen die Eindeckung des Gerinnes auf eine Strecke von 855 m³ zugestanden werden. Die hierfür notwendige kostspielige Betonkonstruktion verursachte allein gegenüber dem offenen Kanal über 600 000 Franken Mehrkosten.

Für die bisher ausgeführten Kanalbauten betragen die Mehrkosten infolge Teuerung 1 927 840 Franken, diejenigen für zusätzliche Arbeiten und behelfsmässige Bauten 1.608 000 Franken.

Für den verbesserten Ausbau der noch auszuführenden Kanäle werden gegenüber dem Voranschlag 1941 noch 1 762 000 Franken Mehrkosten entstehen. Die Laufmeterkosten dieser Bauten wechseln je nach den Bodenverhältnissen ziemlich stark. An Stelle der im ursprünglichen Projekt angenommenen durchschnittlichen Kosten von 65 Franken/m¹ erreichen sie 165 Franken/m¹ für die bereits ausgeführten und 376 Franken pro m¹ für die noch auszuführenden Kanäle. Die letztern sind also mehr als doppelt so teuer als die schon ausgeführten. Das hat seinen Grund darin, dass es sich vorwiegend um Hauptkanäle handelt, die in besonders ungünstigem Baugrund erstellt werden müssen.

Insgesamt werden die Kanalbauten trotz der Verkürzung der Gesamtlänge von 85 615 m¹ auf 51 623 m¹ immer noch eine Überschreitung des Voranschlages 1941 um rund 4 605 000 Franken ergeben. Diese ist auf die Teuerung und auf die ausserordentlichen Bauschwierigkeiten zurückzuführen.

Zementrohrleitungen und Drainagen

Der Kostenvoranschlag 1941 weist für 9000 m¹ Zementrohrleitungen Kosten von 252 000 Franken oder 28 Franken/m¹ auf. Bis Ende 1951 sind 8567 m¹ erstellt worden, die 418 886 Franken oder pro m¹ 48.90 Franken kosten. Nach dem bereinigten Projekt sind noch weitere 7947 m¹ mit 40–125 cm Lichtweite zu erstellen. Deren Kosten sind in den neuen Berechnungen nicht mehr besonders ausgeschieden, sondern in den Drainagekosten enthalten.

Ursprünglich waren Detailentwässerungen für eine Fläche von 4000 ha vorgesehen und zu 7 727 677 Franken oder 1 932 Franken pro ha veranschlagt. Drainiert wurden bis Ende 1951 2318 ha mit einem Kostenaufwand von 5 941 662 Franken oder 2570 Franken pro ha. Diese starke Kostensteigerung ist im wesentlichen durch den relativ hohen Anteil (ca. 70%) der Arbeitslöhne an den Drainagekosten bedingt, der die Teuerung besonders zum Ausdruck bringt. Die übrigen Mehrkosten halten sich im bescheidenen Rahmen von 52 000 Franken. Es sind das die Kosten eines anfänglich nicht vorgesehenen kleinen Pumpwerkes für die Entwässerung einer Fläche von 80 ha im Gebiete Aueli-Rietli der Gemeinde Oberriet.

Die neue Anordnung des Kanalnetzes erlaubt die Erweiterung der Entwässerungsfläche um 188 ha. Es bleiben somit noch Drainagen über eine Fläche von 1875 ha, zum grössten Teil in Torfgebieten, auszuführen. Hier müssen die Leitungen zum Schutz gegen ungleichmässige Sackungen auf Sohlenbretter verlegt werden. Die seit Frühjahr 1951 gestiegenen Röhren- und Holzpreise wirken sich bereits in einer neuen Erhöhung der Drainagekosten aus. Für die noch auszuführenden Drainagen musste darum mit einem Preis von 3075 Franken pro ha oder total 5 767 000 Franken gerechnet werden. Hierin inbegriffen sind wiederum die Kosten von drei im Projekt 1941 nicht vorgesehenen kleineren

Pumpwerken im Betrage von total 177 000 Franken. Diese drei Pumpwerke von maximal 80, 80 und 190 l/sec. Förderleistung erwiesen sich bei der Detailprojektierung als notwendig, zur Entwässerung einiger tiefgelegener Flächen von 107 ha.

Die gesamten Mehrkosten von 4 399 871 Franken für die Drainagen fallen zum überwiegenden Teil auf die Teuerung, im übrigen noch auf die Vergrösserung der Drainagefläche und auf die zusätzlich notwendigen Pumpwerke.

Strassen- und Weganlagen

Die Dichte eines Flurweg-Netzes ist bei gleichen Geländebeziehungen stark abhängig von der Grösse der Landwirtschaftsbetriebe. Etwa 90 Prozent der von der Melioration der Rheinebene erfassten Betriebe sind nur bis zu 2,5 ha gross. Diese Zwergbetriebe mit ihren relativ kleinen Parzellen, von denen jede mindestens einen Zugang haben sollte, machen ein ziemlich enges Wegnetz notwendig; im gleichen Sinne wirkt sich auch das weitläufige Kanalnetz aus. Schon das Projekt 1941 sah darum ein neues Wegnetz von 465 km Länge mit einem Kostenvoranschlag von 5 061 554 Franken vor. Im südlichen Teil des Meliorationsgebietes sind die Weganlagen bereits fertig erstellt. Die bisher ausgeführten Wege messen 158 830 m² und kosten 4 412 995 Franken. Noch auszuführen bleiben 147 500 m², neu veranschlagt zu 4 625 000 Franken. Nach dem Projekt 1951 misst also das neue Wegnetz 306 330 m² und kostet 9 037 995 Franken. Trotz der Verkürzung der Weglänge um mehr als 80 Prozent gegenüber dem Vorprojekt ergeben sich immer noch 3 976 441 Franken an Mehrkosten. Bei den bereits ausgeführten Wegen fallen 1 352 549 Franken auf die Teuerung und 605 000 Franken auf zusätzliche Aufwendungen wegen schlechten Baugrundes und grösserer Transportweiten für das Chaussierungsmaterial; aus den gleichen Gründen werden für die noch auszuführenden Wege Mehrkosten von 1 082 500 Franken errechnet. Die Eingabe des Kantons St. Gallen enthält zu den Kosten des Wegnetzes folgende Bemerkungen:

Neben allgemeiner Verteuerung der Arbeiten von rund 75 Prozent hat es sich gezeigt, dass die Beschaffung des notwendigen Kieses für die neuen Wege sehr schwierig ist. Es wurde seinerzeit angenommen, dass aus alten Wildbachablagern, deren Abtrag vorgesehen war, grössere Mengen von Kies und Geröll gewonnen werden könnten. Die Dämme der alten Wildbäche, die mit Bäumen und Sträuchern bepflanzt sind, wurden aber stehen gelassen, da diese für die betreffenden Gebiete wichtige Windschutzstreifen sind. Bei Abtragungen von kleineren Stücken dieser Dämme hat sich aber auch ergeben, dass der Gewinn von Kies im Verhältnis zum notwendigen Abtrag nur klein und nicht lohnend ist. Weiter wurde angenommen, dass für die Beschotterung der Strassen Kies aus dem Rhein verwendet werden könnte. Versuche, die damit angestellt wurden, zeigten aber, dass das Rheinkies für den Wegbau vollständig ungenügend ist. Das Material ist durch das Wasser so rein gewaschen, dass das notwendige Bindematerial ganz fehlt. Zudem ist der Gehalt an gröberem Kies viel zu gering, d. h. über 50 bis 60 Prozent des Rheinmaterials besteht nur aus Sand oder ganz feinem Kies. Es wurde auch untersucht, ob an den an das Meliorationsgebiet anschliessenden Berghängen Kiesmaterial vorhanden ist, um neue Kiesgruben zu eröffnen; das Resultat war aber negativ.

Das ganze Meliorationsgebiet besteht ebenfalls nur aus Lehm oder Torf, so dass auch hier kein Strassenmaterial zu gewinnen ist.

Als einzige wirtschaftliche Lösung kommt deshalb die Verwendung von Bruchschutt aus dem Steinbruch bei Montlingen der Rheinbauleitung in Betracht. Dieses Material eignet sich für die Erstellung der Wege sehr gut. Die Gesteungskosten sind aber verhältnismässig hoch. Das Material muss vor der Verwendung zuerst durch Steinbrecher aufbereitet und sortiert werden und muss sodann zum Teil auf grosse Distanzen transportiert werden.

In den Torfgebieten ist sodann die Erstellung von soliden Wegen nur möglich, indem unter die Kieslagen Faschinen eingelegt werden. Die Beschaffung dieses Materials ergibt natürlich auch durch die zum Teil weiten Zustransporte erhebliche Kosten.

Dammabtragungen und Auffüllungen

Unter diesem Titel sah das Projekt 1951 die Abtragung der Aufschüttungen korrigierter Wildbäche und das Auffüllen und Einplanieren alter Entwässerungs- und Beetgräben mit einem Kostenbetrag von 1 112 430 Franken vor. Dieser Betrag kann trotz der allgemeinen Teuerung um rund 408 000 Franken reduziert werden, weil die Verwendung der neuesten amerikanischen Baumaschinen eine ganz bedeutende Verbilligung solcher Arbeiten ermöglicht.

Die Güterzusammenlegung

Im Kostenvoranschlag 1941 waren für die eigentlichen Zusammenlegungsarbeiten wie Vermessung, Schätzung und Neuzuteilung des Bodens, Vermarkung usw. 6150 ha zu 190 Franken, total 1 170 647 Franken eingesetzt. Inzwischen ist die Güterzusammenlegung über eine Fläche von 3694 ha in den Gemeinden Altstätten, Oberriet und Eichberg ausgeführt worden. Die Kosten belaufen sich auf 676 316 Franken oder 183 Franken pro ha. Die Kosten der noch auszuführenden Güterzusammenlegung über 2750 ha in den Gemeinden Marbach, Rebstein, Balgach, Diepoldsau, Widnau, Berneck und Au betragen 400 837 Franken oder 145,60 Franken pro ha. Hieran sind bereits Vorarbeiten im Betrag von 140 337 Franken geleistet, so dass nur noch 260 000 Franken im Voranschlag erscheinen. Die Zusammenlegung umfasst nach den neuen Angaben 6444 ha und kostet 1 076 653 Franken oder 167 Franken pro ha. Obschon die Vergrösserung der Perimeterfläche von 6150 auf 6444 ha Mehrkosten von rund 49 000 Franken verursacht, ergibt sich aus der Reduktion des Einheitspreises eine voraussichtliche Einsparung von zirka 94 000 Franken. Diese wird von der technischen Oberleitung wie folgt begründet:

Die nähere Untersuchung hat ergeben, dass in der Durchführung der Zusammenlegung im nördlichen Teil infolge der vorhandenen grossen Landkomplexe der Ortsgemeinden die Arbeiten für die Güterzusammenlegung vereinfacht werden können. Ebenso wird die Vermarkung der grossen Flächen des Ortsgemeindelands eine Verbilligung der Vermarkung, berechnet auf die Hektar, bringen.

Die Windschutzanlagen

Im ursprünglichen Projekt sind keine solchen vorgesehen; die Erfahrungen in der Rhone- und Orbe-Ebene sowie die dort ausgeführten wissenschaftlichen

Untersuchungen wiesen aber auf die dringende Notwendigkeit, die Schutzmassnahmen gegen schädigende Wind- und Frosteinflüsse auch in der Rheinebene zu prüfen. Unter Mitwirkung der Eidgenössischen Meteorologischen Zentralanstalt Zürich wurden der Wetterbeobachtungsstation Altstätten weitere 5 Stationen angegliedert. In den Jahren 1943–1947 sind die Temperaturen, die Niederschläge und die Winde täglich beobachtet worden. Es konnten in der Ebene von 8 km West-Ost- und 15 km Nord-Süd-Ausdehnung beträchtliche klimatische Unterschiede festgestellt werden. Am ausgeglichtesten zeigte sich die Temperatur. Die Niederschläge nehmen vom Bergfuss (130 cm Jahresmittel) gegen Osten (110 cm) erheblich ab. Besonderes Interesse galt dem Verlauf der Winde, zeitlich nach Stärke und Richtung. Die Auswertung der Beobachtungen ergab eine ausgeprägte Konstanz der Windverteilung auf den einzelnen Stationen. Es zeigte sich dabei, dass der Föhn an Häufigkeit hinter den andern Windströmungen zurückbleibt. Die Wettermessungen bewiesen jedenfalls die Notwendigkeit und Nützlichkeit von Windschutzpflanzungen. Basierend auf diese Beobachtungen hat das st. gallische Oberforstamt ein System von Windschutzanlagen projektiert, das nun bereits in Ausführung begriffen ist. Abgesehen davon, dass solche Anlagen den in Artikel 6 des Subventionsbeschlusses vom 25. September 1941 festgelegten Naturschutzforderungen weitgehend Rechnung tragen, werden sie auch zur wichtigen Schadenverhütung und Ertragssteigerung in der Landwirtschaft beitragen. Das Meliorationswerk wäre ohne diese Anlagen nicht vollständig. Die grundlegenden Beobachtungen und die bisherigen Pflanzungen haben bis Ende 1951 etwa 89 500 Franken gekostet. Im ganzen wird für diese Anlagen mit rund 120 000 Franken Kosten gerechnet. Sie dürfen wenn auch nicht als ausserordentlich, so doch als subventionsberechtigt bezeichnet werden.

Projektierung und Bauleitung

Die Vorlage 1941 enthielt hierfür einen Posten von 1 322 700 Franken. Ausgegeben wurden bisher 1 107 700 Franken, worin 274 574 Franken an Teuerungszulagen für das ständig angestellte Personal und 53 000 Franken für Lohnzahlungen während des Aktivdienstes enthalten sind. Die noch auszuführenden Projektierungs- und Bauleitungsarbeiten sind mit 721 900 Franken veranschlagt. Total ergeben sich hierfür 1 829 600 Franken oder 5,1 Prozent der Bausumme.

Allgemeines und Verschiedenes

Der generelle Voranschlag enthält für Unvorhergesehenes einen Betrag von 1 255 541 Franken. Die bisherigen Aufwendungen zu Lasten dieses Postens sind in den Kosten der verschiedenen Arbeiten enthalten. Im neuen Voranschlag für die noch auszuführenden Arbeiten sind die Zuschläge für Unvorhergesehenes in den Beträgen für die einzelnen Arbeiten eingerechnet. Dagegen musste eine gewisse Reserve für allfällige Nacharbeiten oder Ergänzungen an den bereits ausgeführten Drainagen, Kanälen, Strassen usw. beibehalten werden; sie

wurde zur Aufrundung mit 662 293 Franken eingesetzt. Auf dem Posten «Unvorhergesehenes» ergibt sich damit eine allerdings nur fiktive Einsparung von 544 366 Franken.

Die Mehr- und Minderausgaben bei den einzelnen Arbeitsgattungen sind mit erläuternden Hinweisen in Tabelle 2 enthalten.

Zusammenfassend lässt sich feststellen, dass die Mehrkosten des Werkes im Betrage von 12 800 000 Franken zum überwiegenden Teil durch die seit 1941 eingetretene Teuerung bedingt sind. Auf den bereits ausgeführten Arbeiten beträgt der Teuerungsanteil 5 456 323 Franken. Im neuen Voranschlag für die noch auszuführenden Arbeiten ist die Teuerung in der Preisbasis 1951 enthalten, aber nicht mehr ausgeschieden. Für die durch den schlechten Baugrund bedingten zusätzlichen Arbeiten, für die Pumpwerke sowie für Mehrtransporte an Chaussierungsmaterial und endlich für die Windschutzpflanzungen sind dem Unternehmen weitere Aufwendungen von 2 310 615 Franken entstanden. Wegen Mangels an Zement und Baueisen mussten 20 000 Franken für behelfsmässige Brückenbauten ausgegeben werden. Den technischen Angestellten wurden während ihres Aktivdienstes 53 000 Franken an Löhnen ausgerichtet. Für alle diese Mehrausgaben im Gesamtbetrag von 7 889 938 Franken, mit Ausnahme der Kosten für die Windschutzanlagen, liegen zweifellos ausserordentliche Ursachen vor. Ebenso kommt in den Preisansätzen für die noch auszuführenden Arbeiten der Einfluss der Teuerung, wie auch der Bauschwierigkeiten zum Ausdruck. Der weitaus grösste Teil der Mehrkosten ist daher durch ausserordentliche Ursachen bedingt und erfüllt damit die Voraussetzungen für die Nachsubventionierung.

Aber auch die zusätzlichen Kosten für die Erweiterung der Stadtbachkorrektur und für die Windschutzanlagen sollten in die Nachsubventionierung einbezogen werden. Es handelt sich dabei um wertvolle Ergänzungen des Werkes, deren Notwendigkeit allerdings erst mit dem Fortschreiten der Arbeiten erkannt wurde. Hätten sie jedoch Bestandteil des Projektes 1941 gebildet, so wären sie ohne Zweifel damals schon mitsubventioniert worden. Es besteht darum auch kein Grund, sie in dieser Vorlage nicht zu berücksichtigen. Wir halten deshalb die Subventionierung der ganzen Kostenüberschreitung von 12,8 Millionen Franken grundsätzlich für berechtigt.

Es bleibt nun noch übrig zu prüfen, ob die Auswirkung des Werkes die bisherigen und künftigen Aufwendungen dafür zu rechtfertigen vermag. Die folgenden, zum grossen Teil der Eingabe des Kantons St. Gallen entnommenen Ausführungen geben hierüber erschöpfend Aufschluss.

III.

Der bisherige Erfolg der Melioration und die Sicherung der intensiven Bewirtschaftung des meliorierten Gebietes

1. Allgemeine Voraussetzung für die intensive Bewirtschaftung

Für die Vollendung der grossen Melioration in der Rheinebene ist sehr wesentlich, ob im Anschluss an die Meliorationsarbeiten die intensive Bewirt-

schaftung gesichert ist. Der hohe Einsatz öffentlicher und privater Mittel, den das Unternehmen bis heute erforderte, und der Umstand, dass der Bund um weitere Finanzhilfe ersucht wird, gibt begreiflicherweise Anlass zur Frage nach der Auswirkung der angelegten Gelder. Es ist deshalb gegeben, die bisherigen Erfahrungen zu überprüfen und über das Erreichte zu orientieren. Die gesetzlichen Erlasse, welche die Grundlage für die Genehmigung des Projektes und die Subventionierung vom Jahre 1941 gebildet haben, sehen folgendes vor:

a. Der Bundesbeschluss vom 25. September 1941 bestimmt in Artikel 5:

Der Kanton St. Gallen wird die Lösung der Siedlungsfragen so vorbereiten, dass, unmittelbar an das Meliorationswerk anschliessend, die notwendigen Siedelungsmaßnahmen durchgeführt werden können. Das Güterzusammenlegungsprojekt soll die Siedelungszonen und die Grundsätze über die Durchführung der Besiedelung zugunsten der ortsansässigen Bevölkerung enthalten.

Für die Ausrichtung von Beiträgen des Bundes an Siedelungsbauten sind die erforderlichen Mittel durch besondere Kredite zu beschaffen.

b. Das *st. gallische Gesetz* über die Melioration der Rheinebene und die Errichtung eines Arbeitsbeschaffungskontos vom 21. Dezember 1941 schreibt in Artikel 25 vor:

Das meliorierte Land ist intensiv, den klimatischen Verhältnissen und der Bodenbeschaffenheit entsprechend, zu bewirtschaften. Der Regierungsrat kann diesem Ziele dienende Vorschriften aufstellen und nötigenfalls auch eine Anpassung der Reglemente der Ortsgemeinden, Rhoden und Korporationen verfügen. Der Acker- und Gemüsebau durch möglichst breite Volksschichten des Meliorationsgebietes zur Selbstversorgung der Familien ist zu begünstigen.

Der Wille zur intensiven Nutzung war bei der Bevölkerung des st. gallischen Rheintals schon vor der Inangriffnahme der Melioration vorhanden. Der beste Beweis dafür ist die Tatsache, dass seit Jahrhunderten durch die Anlage eines grossen Systems von Entwässerungsgräben und Beeten die bessere Bewirtschaftung gefördert wurde, leider nur mit teilweisem Erfolg, weil für die gründliche Entwässerung weiter Flächen geeignete Vorflutkanäle fehlten. Trotz ungünstiger Besitzverhältnisse, weiter Entfernung und Kleinheit der Grundstücke, wurde schon früher fast jeder Quadratmeter nutzbaren Bodens für die intensive Nutzung als Acker und Wiese verwendet.

Die natürlichen Voraussetzungen für eine intensive landwirtschaftliche Nutzung sind im st. gallischen Rheintal gegeben. In wenigen Gebieten der Schweiz gedeihen Wein und Mais, diese Kulturen eines warmen und fruchtbaren Klimas, so gut wie im st. gallischen Rheintal.

Aber auch die wirtschaftlichen Verhältnisse zwingen zu intensiver Wirtschaft. Der landwirtschaftliche Kleinbesitz herrscht vor. Genaue Erhebungen haben ergeben, dass folgende Besitzverhältnisse der Grundeigentümer im Meliorationsgebiet vorliegen, Stand am 30. September 1947:

Eigentümer	Prozent	haben Boden bis zu	oder totale Fläche ha
2218 (—)	53,2	50 a	415,2841
1833 (8)	43,9	5 ha	2746,3826
82 (6)	2,0	10 ha	527,3746
17 (7)	0,4	25 ha	299,4126
23 (16)	0,5	über 25 ha	2434,1529
4173 (37)	100	—	6422,6068

Davon sind 37 politische und Ortsgemeinden und Rhoden mit 2289,4191 ha = 35,65 Prozent der Fläche.

2. Erfahrungen im fertig meliorierten Gebiet der Gemeinden Oberriet, Eichberg und Altstätten

Im Herbst 1948 konnte im südlichen Teil der Melioration die Güterzusammenlegung abgeschlossen und der neu zugeteilte Besitzstand den Grundeigentümern zur Bewirtschaftung übergeben werden. Während der kurzen Zeit von 3 Jahren hat sich der Zustand dieses grossen Gebietes auffallend verändert. Hunderte von Kilometern alte Gräben sind, zum grössten Teil durch die Grundeigentümer selbst, zugedeckt worden. Die Drainage hat dies ermöglicht, und es sind dadurch grosse neue Ackerflächen entstanden. Aber auch dort, wo der Mangel an Dünger und Arbeitskräften dazu zwang, die Wiesennutzung beizubehalten, ist aus den Streuerietern und Rosshewiesen zum grössten Teil gutes Wiesland geworden. Der Bundesbeschluss über die Melioration der Rheinebene verpflichtet den Kanton St. Gallen in Artikel 5, Siedelungszonen auszuscheiden. Dies ist geschehen. Der entfernteste Boden ist aber nicht nur als Siedelungszone auszuscheiden, sondern auch durch Besiedelung einer intensiven Bewirtschaftung zugeführt worden. Es wurden bisher erstellt

	Anzahl	Kosten- voranschlag Franken	Bundesbeitrag Franken
Vollsiedelungen	12	1 670 700	403 825
Trattställe	4	313 930	62 786
Feldscheunen	11	249 300	46 265
Elektrizitäts- und Wasserversorgungen im Siedlungsgebiet Dürrenbach		98 000	24 500
Total Gebäudeanlagen	27	2 331 930	537 376
Zugesicherte Bundesbeiträge im Mittel.			23,1%

Der gute Wille zur intensiven Bewirtschaftung kommt auch darin zum Ausdruck, dass verschiedene Grundbesitzer ohne Inanspruchnahme von öffentlichen Mitteln auf den zugeteilten Liegenschaften Wirtschaftsgebäude erstellt haben.

3. Systematische Vorbereitung der intensiven Bewirtschaftung

Die intensive Bewirtschaftung des ganzen 6444 ha umfassenden Meliorationsgebietes ist nach der Annahme des Projektes durch die Eidgenössischen Räte und das St. Galler Volk im Jahre 1941 unverzüglich an die Hand genommen worden. Neben den bereits erwähnten meteorologischen Untersuchungen wurden in Verbindung mit der Erstellung des Vorprojektes für die Melioration der Rheinebene in den Jahren 1938–41 die Bodenverhältnisse studiert und eine Bodenkarte erstellt. Dem Bergfuss entlang befindet sich ein breiter Streifen von lehmigem bis tonigem Boden als Ablagerung der vom Appenzellerland herabströmenden Bergbäche. Der mittlere Teil der Rheinebene zwischen Oberriet und Widnau wird von einem ausgebreiteten Torfmoor in einer Ausdehnung von zirka 2000 ha gebildet. Dem Rhein entlang sind kalkreiche, sandige Böden, Ablagerungen des Rheines, anzutreffen.

Um den vorhandenen Bestand an Obst- und Waldbäumen zu erhalten, wurde ein Baumschlagverbot erlassen. Das hat ermöglicht, dass auf den weiten, offenen Flächen eine grosse Anzahl Bäume stehen geblieben und in den Besitz der neuen Eigentümer übergegangen sind.

4. Die Bewirtschaftung des Meliorationslandes im Eigentum öffentlich-rechtlicher Körperschaften, Gemeinden und Rhoden

Vom gesamten Grundbesitz in der Rheinebene sind 4133,19 ha Privatbesitz, 137,26 ha öffentliche Gewässer und 2289,41 ha Besitz der politischen Gemeinden, Ortsgemeinden und Rhoden. Der Besitz der Ortsgemeinden wird als Nutznießungs- oder Pachtland an die Landwirte für längere Zeitperioden abgegeben. Derselbe war bisher in sehr kleine Nutznießungsparzellen aufgeteilt. Er ist sehr wertvoll, ja notwendig, zur Vergrösserung der Wirtschaftsf lächen der im allgemeinen kleinen Eigenbetriebe der Landwirte. Der Orts-gemeindebesitz wird auch in Zukunft wirtschaftlich von grosser Bedeutung bleiben: Nur für einen kleinen Teil desselben besteht praktisch die Möglichkeit der Erstellung von Einzelhöfen, wie sie in den Artikeln 24, 25 und 26 des kantonalen Gesetzes über die Melioration der Rheinebene vorgesehen ist.

Es haben bis heute die Pferdezuchtgenossenschaft Rheintal im Fohlenhof Montlingen, Gemeinde Oberriet, die St. Gallische Rheinkorrektion in der Fahrmaad, Gemeinde Diepoldsau, und die Äussere Rhode Eichberg, Gemeinde Oberriet, je eine Siedelung erbaut. Feldscheunen sind durch die Ortsgemeinde Marbach im Anger und durch das Kloster Maria Hilf im Hagenfurt, Gemeinde Altstätten, erstellt worden. Vier Trattställe sind durch die Ortsgemeinden Balgach, Rebstein, Diepoldsau und die Trattrhode Hinterforst, Gemeinde Altstätten, errichtet worden. Der Grossteil des Ortsgemeindebesitzes wird in Zukunft als Nutznießungsland an die Bürger oder als Pachtland zur Selbstbewirtschaftung an andere Landwirte im Gebiete abgegeben. Der Regierungsrat hat in seiner Verordnung über die Bewirtschaftung und Nutzung der Ortsgemeingüter vom 24. Dezember 1948 (Normativbestimmungen) die Voraussetzungen

geschaffen, welche die Zerstückelung des Ortsgemeindebesitzes und die spekulative Unterpacht verhindern werden. In erfreulicher Weise ist die gemeinsame Bewirtschaftung von abgelegenen Ortsgemeindeland mit der Errichtung der Gemeindeweiden in die Wege geleitet worden. Diese Weiden dienen als Vorweide im Frühjahr und als Nachweide nach der Alpung im Herbst. Zur Sicherung der intensiven Bewirtschaftung der Gemeindeweiden hat das Volkswirtschaftsdepartement des Kantons St. Gallen ein Reglement erlassen. Die landwirtschaftliche Schule Custerhof hat die Weiden zu überwachen und den Ortsgemeinden mit Rat und Tat beizustehen.

5. Erdausbeutung und landwirtschaftliche Nutzung

Darüber ist in Artikel 23 des kantonalen Gesetzes folgendes festgesetzt:

Für die Erdausbeutung (Lehm, Torf usw.) ist eine Bewilligung des Regierungsrates erforderlich.

Der Regierungsrat kann Vorschriften erlassen, damit der so beanspruchte Boden nicht dauernd für die landwirtschaftliche Nutzung ungeeignet gemacht wird.

Die industrielle Ausbeutung von Torf und Lehm ist von Bedeutung, weil im Rheintal entsprechende leistungsfähige Industrien vorhanden sind. Die Torfausbeutung ist auch für den einzelnen Landwirtschaftsbetrieb wichtig, weil sehr wenig Holz aus vorhandenen Wäldern zur Verfügung steht. Bei der Bodenzuteilung im südlichen Meliorationsgebiet ist auf die industrielle Erdausbeutung Rücksicht genommen worden. Bestimmte Gebiete sind ausgeschieden und nicht melioriert worden. Melioriertes Land darf ohne besondere Bewilligung für diese Zwecke nicht verwendet werden. Aber auch im Gebiet der industriellen Torfausbeutung, wie für die einzelnen Privaten, sind der Torfausbeutung allgemein auch auf dem Eigenbesitz Grenzen gesetzt. Die landwirtschaftliche Nutzung muss auch nach der Torfausbeutung unter allen Umständen gesichert bleiben. Die Bauleitung der Melioration hat für das ganze Torfgebiet die maximale Ausbeutungstiefe festgelegt und einen Nutzungsplan aufgestellt. Auf grossen Flächen ist die Torfausbeutung jetzt schon vollständig verboten. Dagegen liegt es sowohl im Interesse der betreffenden Industrien wie auch der privaten Grundeigentümer, dass die teilweise abgetorften Flächen ausgeglichen und für die kommende landwirtschaftliche Nutzung hergerichtet werden. Es wird eine wichtige Aufgabe des späteren Unterhaltes sein, über die Ausbeute von Lehm und Torf sorgfältig zu wachen und das Graben in eine Tiefe, bei der eine Neuversumpfung des Landes eintreten würde, zu verhindern. Sollte einmal aus Gründen, die zurzeit noch nicht erkennbar sind, eine meliorierte Landfläche der landwirtschaftlichen Nutzung entzogen werden, dann käme neben Artikel 23 auch Artikel 24 des kantonalen Gesetzes über die Melioration der Rheinebene zur Anwendung, der lautet:

Wird Meliorationsland vor Ablauf von 25 Jahren nach Vollendung des Werkes der landwirtschaftlichen Nutzung entzogen, so können die entsprechenden Beiträge des Bundes, des Kantons und der Gemeinden ohne Zins zurückverlangt werden.

Der Regierungsrat des Kantons St. Gallen hat also das Nötige vorgekehrt, um den Unterhalt des Werkes und die richtige Nutzung des verbesserten Bodens zu sichern. Die arbeitsame und genügsame Bevölkerung des Rheintales wird auch ihrerseits alles tun, um den meliorierten Boden raschestens in gute Kultur zu bringen und ihn so zu erhalten. Die Erfahrungen im schon meliorierten Gebiet haben dafür den Beweis erbracht. Der gleiche gute Wille ist auch im übrigen Gebiet vorhanden. Die Vollendung des Werkes wird auch dort sehnlichst erwartet. Die Weiterführung und Nachfinanzierung desselben ist damit gerechtfertigt.

IV.

Die Belastung der Grundeigentümer

Bei einer Fläche von 6444 ha und Gesamtkosten von 37 800 000 Franken ergibt sich pro ha eine Belastung von 5866 Franken. Nach dem generellen Kostenvoranschlag von 1941 wurden die Gesamtkosten bei einer Fläche von 6150 ha, zu 25 000 000 Franken oder 4070 Franken pro ha berechnet. Die Mehrkosten betragen somit 1796 Franken pro ha oder 44 Prozent. Die nicht subventionsberechtigten Verwaltungskosten belaufen sich ungefähr auf 5 Prozent oder 300 Franken pro ha und werden je zur Hälfte durch die Gemeinden und die Grundeigentümer übernommen. Bei gleichbleibender Beteiligung der öffentlichen Hand verteilen sich die Kosten wie folgt:

	Prozent	Franken	Franken im Mittel pro ha
Bund	60	22 680 000	3 520
Kanton	25	9 450 000	1 466
Gemeinden	7,5	2 835 000	440
Grundeigentümer . .	7,5	2 835 000	440
Insgesamt		<u>37 800 000</u>	<u>5 866</u>

Die nachstehende Übersicht zeigt die Belastung der Grundeigentümer, wenn durch öffentliche Mittel 92,5 Prozent der Kosten gedeckt und der Eigentümer noch 7,5 Prozent der Baukosten und die Hälfte der nichtsubventionsberechtigten Kosten zu tragen hat.

Wenn der Grundeigentümer für nachfolgende Kosten betragspflichtig ist	Gesamtkosten nach der Beendigung des Werkes Franken	Belastung des Grund- eigentums pro ha 7,5 Prozent	
		einzeln Franken	total Franken
Nicht subventionsberechtigte Kosten . . .	—	150	—
Allgemeine Anlagen wie Strassen, Wege, Gü- terzusammenlegung und Windschutzanla- gen.	12 775 580	150	300
Kanalbauten	10 192 080	120	420
Drainagen und Pumpwerke	12 127 548	217	637
Wildbachverbauungen	2 000 054	23	660
Dammabtragungen und Planie	704 738	8	668
Total	37 800 000	668	

Das Bauprogramm

Die Höhe der Ausgaben für die nächsten Baujahre ist natürlich nicht sicher zu bestimmen. Je nach der Lage auf dem Arbeitsmarkt können weniger oder müssen mehr Arbeiten ausgeführt werden. Für die Vollendung des Werkes ist, wenn nicht ausserordentliche Umstände im Arbeitsmarkt eintreten, folgendes Bauprogramm vorgesehen:

	Franken
Ausgeführte Arbeiten bis 31. Dezember 1951 . .	20 400 000
Bauprogramm 1952 . . .	2 800 000
1953 . . .	2 000 000
1954 . . .	3 500 000
1955 . . .	4 000 000
1956 . . .	2 900 000
1957 . . .	2 200 000
Total	37 800 000

Kostenverteilungsplan

Der Regierungsrat des Kantons St. Gallen stellt das Gesuch, es möchten an die Mehrkosten von 12 800 000 Franken, wie an die erste Vorlage, wiederum 60 Prozent oder 7 680 000 Franken Bundesbeitrag zugesichert werden. Mit Beschluss vom 21. November 1950 bewilligte der Grosse Rat des Kantons St. Gallen den Nachtragskredit von 25 Prozent von 12 400 000 Franken oder 3 100 000 Franken. Über den Kantonsbeitrag an die Kosten der erst nachträglich angemeldeten Erweiterung der Korrektion des Altstätter Stadtbaches soll erst nach der Bewilligung des Bundesbeitrages beschlossen werden.

Neben dem Kanton haben die politischen Gemeinden im Verhältnis zu den in ihrem Gebiet erfolgten Aufwendungen einen Beitrag von 7,5 Prozent aufzubringen.

In der Annahme, es werde dem Gesuch des Kantons St. Gallen entsprochen, ergibt sich folgender Kostenverteilungsplan:

	Kosten- voranschlag Franken	Beiträge			
		Bund 60 Prozent	Kanton 25 Prozent	Gemeinden 7,5 Prozent	Grund- eigentümer 7,5 Prozent
1. Vorlage . . .	25 000 000	15 000 000	6 250 000	1 875 000	1 875 000
Nachsubvention	12 800 000	7 680 000	3 200 000	960 000	960 000
Total	37 800 000	22 680 000	9 450 000	2 835 000	2 835 000

Die bei der ersten Beitragszusicherung massgebenden Gründe für die Subventionshöhe von 60 Prozent bestehen weiter. Es sind das die Kleinheit der Betriebe, die grosse Bodenzerstückelung, die Belastung mit Perimetern für Wildbäche, den Rheintaler Binnenkanal und den Rhein; aber auch die Notwendigkeit grosser neuer Aufwendungen für die Inkulturnahme des meliorierten Bodens. Eine weitgehende Entlastung der Grundbesitzer ist angesichts der hohen Mehrkosten auch heute unerlässlich.

Wir glauben, Ihnen hiermit dargetan zu haben, dass es sich rechtfertigen lässt, die Kostenüberschreitung von 12,8 Millionen Franken in ihrem vollen Umfange mit dem für das Stammprojekt bewilligten Ansatz von 60 Prozent zu subventionieren.

Gestützt auf diese Ausführungen haben wir die Ehre, Ihnen den beigefügten Entwurf eines Bundesbeschlusses zu unterbreiten und zur Genehmigung zu empfehlen.

Wir versichern Sie, Herr Präsident, hochgeehrte Herren, unserer vollkommenen Hochachtung.

Bern, den 15. Juli 1952.

Im Namen des Schweizerischen Bundesrates,

Der Bundespräsident:

Kobelt

Der Bundeskanzler:

Ch. Oser

(Entwurf)

Bundesbeschluss
über
**die Bewilligung einer Nachsubvention an die Melioration
der Rheinebene im Kanton St. Gallen**

Die Bundesversammlung
der Schweizerischen Eidgenossenschaft,
gestützt auf Artikel 23 und 24 der Bundesverfassung, in Berücksichtigung
des Nachsubventionsgesuches des Kantons St. Gallen vom 21. April 1951,
nach Einsicht in eine Botschaft des Bundesrates vom 15. Juli 1952,

beschliesst:

Art. 1

Dem Kanton St. Gallen wird an die Mehrkosten für die Durchführung der Melioration der Rheinebene im Betrage von 12 800 000 Franken ein Bundesbeitrag von 60 Prozent, im Maximum 7 680 000 Franken, zugesichert.

Art. 2

Dieser Beitrag wird davon abhängig gemacht, dass der Kanton St. Gallen seine Unterstützung auch auf die Erweiterung der Korrektion des Altstätter Stadtbaches ausdehnt, und dass die am Meliorationswerk interessierten Gemeinden sich mindestens im Verhältnis ihrer bisherigen Leistungen auch an den Mehrkosten beteiligen.

Art. 3

Bei der Weiterführung der Arbeiten ist auf die Arbeitsmarktlage Rücksicht zu nehmen.

Ausländische Saisonarbeiter dürfen nur mit Zustimmung des Delegierten für Arbeitsbeschaffung eingesetzt werden.

Art. 4

Dem Kanton St. Gallen wird eine Frist von einem halben Jahr nach Veröffentlichung dieses Beschlusses gewährt, um auch an die Kosten der Korrektur der Mittelstrecke des Altstätter Stadtbaches seinen Beitrag zu bewilligen und um zu erklären, ob er den bewilligten Bundesbeitrag mit den daran geknüpften Bedingungen annimmt.

Art. 5

Dieser Beschluss ist nicht allgemeinverbindlich und tritt sofort in Kraft.
Der Bundesrat wird mit seinem Vollzug beauftragt.

Botschaft des Bundesrates an die Bundesversammlung über die Bewilligung eines Bundesbeitrages an die Mehrkosten der Melioration der Rheinebene im Kanton St. Gallen (Vom 15. Juli 1952)

In	Bundesblatt
Dans	Feuille fédérale
In	Foglio federale
Jahr	1952
Année	
Anno	
Band	2
Volume	
Volume	
Heft	29
Cahier	
Numero	
Geschäftsnummer	6286
Numéro d'affaire	
Numero dell'oggetto	
Datum	17.07.1952
Date	
Data	
Seite	503-524
Page	
Pagina	
Ref. No	10 037 953

Das Dokument wurde durch das Schweizerische Bundesarchiv digitalisiert.

Le document a été digitalisé par les Archives Fédérales Suisses.

Il documento è stato digitalizzato dell'Archivio federale svizzero.